

**VEREINBARUNG über eine FINANZHILFE für ein
Projekt mit einem Begünstigten im Rahmen des Programms Erasmus+¹**

VEREINBARUNG NR. –

Diese Vereinbarung (im Folgenden „Vereinbarung“) wird zwischen den folgenden Parteien geschlossen:

einerseits

der **Nationalen Agentur** (im Folgenden „NA“)

Nationale Agentur Erasmus+ Schulbildung
im Pädagogischen Austauschdienst
Graurheindorfer Str. 157
53117 Bonn,

vertreten durch den Leiter der Nationalen Agentur,

und

andererseits

dem **Begünstigten**

Einrichtung XY
OID:

zur Unterzeichnung der Vereinbarung ordnungsgemäß vertreten durch
XX.

Die oben genannten Parteien

¹ Verordnung (EU) 2021/817 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2021 zur Einrichtung von „Erasmus+“, dem Programm der Union für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport, und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1288/2013

VEREINBAREN

die Besonderen Bedingungen (im Folgenden „Besondere Bedingungen“) sowie die folgenden Anhänge:

Anhang I Allgemeine Bedingungen

Anhang II Beschreibung des Projekts; Kostenvoranschlag für das Projekt

Anhang III Finanz- und Vertragsbestimmungen

Anhang IV Geltende Sätze

Anhang V Für Vereinbarungen zwischen Begünstigtem und Teilnehmern zu verwendende Vorlagen

die vollgültige Bestandteile der Vereinbarung sind.

Die Besonderen Bedingungen gehen den Anhängen der Vereinbarung vor.

Die Allgemeinen Bedingungen (Anhang I) gehen den übrigen Anhängen vor. Die Bestimmungen des Anhangs III gehen denjenigen der Anhänge II, IV und V vor.

In Anhang II geht der Teil zum Kostenvoranschlag dem Teil zur Projektbeschreibung vor.

BESONDERE BEDINGUNGEN

ARTIKEL I.1 – GEGENSTAND DER VEREINBARUNG

ARTIKEL I.2 – INKRAFTTRETEN UND DURCHFÜHRUNGSZEITRAUM DER VEREINBARUNG

ARTIKEL I.3 – HÖCHSTBETRAG UND FORM DER FINANZHILFE

ARTIKEL I.4 – BERICHTERSTATTUNG UND ZAHLUNGSMODALITÄTEN

I.4.1 Zu leistende Zahlungen

I.4.2 Vorfinanzierungszahlung

I.4.3 Berichterstattung, weitere Vorfinanzierungszahlungen und Zwischenberichte

I.4.4 Abschlussbericht und Antrag auf Zahlung des Restbetrags

I.4.5 Zahlung des Restbetrags

I.4.6 Förmliche Zahlungsmitteilung

I.4.7 Zahlungen an den Begünstigten und Verzugszinsen

I.4.8 Währung der Zahlungen

I.4.9 Währung der Zahlungsanträge und Umrechnung in Euro

I.4.10 Sprache der Zahlungsanträge und Berichte

I.4.11 Zahlungsdatum

I.4.12 Überweisungskosten

ARTIKEL I.5 – BANKKONTO FÜR ZAHLUNGEN

ARTIKEL I.6 – FÜR DIE DATENVERARBEITUNG VERANTWORTLICHER UND KONTAKTDATEN DER PARTEIEN

I.6.1 Für die Datenverarbeitung Verantwortlicher

I.6.2 Kontaktdaten der NA

I.6.3 Kontaktdaten des Begünstigten

ARTIKEL I.7 – ZUSÄTZLICHE BESTIMMUNG ÜBER DIE VERARBEITUNG VON PERSONENBEZOGENEN DATEN DURCH DEN BEGÜNSTIGTEN

I.7.1 Berichtspflichten

I.7.2 Unterrichtung der Teilnehmer über die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten

ARTIKEL I.8 – SCHUTZ UND SICHERHEIT DER TEILNEHMER

ARTIKEL I.9 – ZUSATZBESTIMMUNGEN ZU BEREITS BESTEHENDEN RECHTEN UND ZUR NUTZUNG DER ERGEBNISSE (EINSCHLIESSLICH GEWERBLICHER SCHUTZRECHTE UND URHEBERRECHTE)

ARTIKEL I.10 – VERWENDUNG VON IT-TOOLS

I.10.1 Erasmus+ Berichterstattungs- und Verwaltungstool

I.10.2 Erasmus+ Project Results Platform

ARTIKEL I.11 – ZUSATZBESTIMMUNGEN ZUR VERGABE VON UNTERAUFTRÄGEN¹⁷

ARTIKEL I.12 – ZUSATZBESTIMMUNGEN ZUR SICHTBARKEIT DER FINANZIERUNG DURCH DIE UNION

ARTIKEL I.13 – ZUSÄTZLICHE BESTIMMUNGEN ZUR UNTERSTÜTZUNG VON TEILNEHMERN

ARTIKEL I.14 – BEREITSTELLUNG VON INKLUSIONSUNTERSTÜTZUNG FÜR TEILNEHMER MIT GERINGEREN MÖGLICHKEITEN

ARTIKEL I.15 – BESONDERE BESTIMMUNGEN ZU MITTELÜBERTRAGUNGEN

ARTIKEL I.16 – ÜBERWACHUNG UND BEWERTUNG

ARTIKEL I.17– SPEZIFISCHE AUSNAHMEN VON ANHANG I (ALLGEMEINE BEDINGUNGEN)

ARTIKEL I.1 – GEGENSTAND DER VEREINBARUNG

I.1.1 Die NA gewährt nach Maßgabe der Besonderen Bedingungen und der Allgemeinen Bedingungen sowie der übrigen Anhänge der Vereinbarung eine Finanzhilfe für:

das akkreditierte Projekt: **KA121-XXX** im Rahmen des Programms Erasmus+, Leitaktion 1 (Lernmobilität von Einzelpersonen) gemäß Anhang II.

I.1.2 Mit der Unterzeichnung dieser Vereinbarung nimmt der Begünstigte die Finanzhilfe an und verpflichtet sich, das Projekt eigenverantwortlich durchzuführen.

Der Begünstigte kommt den geltenden Qualitätsstandards und allen anderen für die Akkreditierung geltenden Regeln nach.

ARTIKEL I.2 – INKRAFTRETEN UND DURCHFÜHRUNGSZEITRAUM DER VEREINBARUNG

I.2.1 Die Vereinbarung tritt an dem Tag in Kraft, an dem sie von der letzten Partei unterzeichnet wird.

I.2.2 Das Projekt hat eine Laufzeit von **15** Monaten ab dem **01.06.2022** bis zum **31.08.2023**.

ARTIKEL I.3 – HÖCHSTBETRAG UND FORM DER FINANZHILFE

I.3.1 Der Höchstbetrag der Finanzhilfe beläuft sich auf **XXXXX,XX EUR**.

I.3.2 Entsprechend dem Kostenvoranschlag in Anhang II und den in Anhang III genannten förderfähigen Kosten und Finanzbestimmungen wird die Finanzhilfe in folgender Form ausgezahlt:

Erstattung der förderfähigen Kosten der Maßnahme („Erstattung förderfähiger Kosten“), die

- i) tatsächlich angefallen sind („Erstattung förderfähiger Kosten“) für die zusätzlichen Kosten im Zusammenhang mit Inklusionsunterstützung von Teilnehmenden und mit Außergewöhnlichen Kosten auf der Grundlage der Sätze in Anhang III
- ii) auf Grundlage von Kosten je Einheit wie in Anhang IV angegeben geltend gemacht werden

ARTIKEL I.4 – BERICHTERSTATTUNG UND ZAHLUNGSMODALITÄTEN

Für Berichterstattung und Zahlungen gelten die folgenden Bestimmungen:

I.4.1 Zu leistende Zahlungen

Die NA leistet folgende Zahlungen an den Begünstigten:

- eine erste Vorfinanzierungszahlung;
- eine Restbetragszahlung auf der Grundlage des entsprechenden Antrags gemäß Artikel I.4.4.

I.4.2 Vorfinanzierungszahlung

Mit der Vorfinanzierung sollen dem Begünstigten Kassenmittel an die Hand gegeben werden. Die Vorfinanzierung bleibt bis zur Restbetragszahlung Eigentum der NA.

Die NA zahlt dem Begünstigten innerhalb von 30 Kalendertagen nach dem Inkrafttreten der Vereinbarung eine Vorfinanzierung in Höhe von 80 % des in Artikel I.3.1 genannten Höchstbetrags der Finanzhilfe, außer wenn Artikel II.24 Anwendung findet.

I.4.3 Berichterstattung, weitere Vorfinanzierungszahlungen und Zwischenberichte

Entfällt.

I.4.4 Abschlussbericht und Antrag auf Zahlung des Restbetrags

Innerhalb von 60 Kalendertagen nach dem Ende der Laufzeit des Projekts gemäß Artikel I.2.2 reicht der Begünstigte einen Abschlussbericht über die Durchführung des Projekts unter Verwendung der in Artikel I.10 festgelegten Berichterstattungsinstrumente ein. Im Bericht sind Angaben zum Nachweis der auf der Grundlage von Finanzierungsbeiträgen je Einheit geltend gemachten förderfähigen Kosten, wenn die Finanzhilfe als Finanzierungsbeitrag je Einheit gewährt wird, oder der tatsächlich angefallenen förderfähigen Kosten gemäß Anhang III zu machen.

Der Abschlussbericht dient als Antrag des Begünstigten auf Zahlung des Restbetrags der Finanzhilfe.

Der Begünstigte bestätigt, dass die in seinem Antrag auf Zahlung des Restbetrags gemachten Angaben vollständig, zuverlässig und wahrheitsgetreu sind. Er versichert ferner, dass die im Zahlungsantrag ausgewiesenen angefallenen Kosten als förderfähig im Sinne der Vereinbarung angesehen werden können und dass der

Zahlungsantrag durch geeignete Belege gestützt ist, die bei Kontrollen oder Prüfungen nach Artikel II.27 vorgelegt werden können.

I.4.5 Zahlung des Restbetrags

Die Restbetragszahlung dient der Erstattung oder Deckung der verbleibenden förderfähigen Kosten, die dem Begünstigten im Zuge der Durchführung des Projekts entstanden sind.

Die NA ermittelt den geschuldeten Restbetrag durch Abzug des Gesamtbetrags der bereits geleisteten Vorfinanzierungszahlung von dem gemäß Artikel II.25 bestimmten Endbetrag der Finanzhilfe.

Übersteigt der Gesamtbetrag der vorhergehenden Zahlungen den gemäß Artikel II.25 bestimmten Endbetrag der Finanzhilfe, wird die Differenz gemäß Artikel II.26 eingezogen.

Liegt der Gesamtbetrag der vorhergehenden Zahlungen unter dem gemäß Artikel II.25 bestimmten Endbetrag der Finanzhilfe, so muss die NA den Saldo binnen 60 Kalendertagen nach Eingang der in Artikel I.4.4 genannten Unterlagen begleichen, es sei denn, Artikel II.24.1 oder II.24.2 finden Anwendung.

Die Zahlung erfolgt vorbehaltlich der Genehmigung des Antrags auf Zahlung des Restbetrags und der beigefügten Unterlagen. Mit deren Genehmigung werden weder die Ordnungsmäßigkeit noch die Authentizität, Vollständigkeit oder Korrektheit ihres Inhalts bestätigt.

Der zu zahlende Betrag kann jedoch ohne Zustimmung des Begünstigten mit einem anderen Betrag, den der Begünstigte der NA schuldet, bis zu dem Höchstbetrag der Finanzhilfe verrechnet werden.

I.4.6 Förmliche Zahlungsmitteilung

Die NA muss dem Begünstigten eine *förmliche Mitteilung* übermitteln, in der sie ihn:

- a) über den geschuldeten Betrag informiert und
- b) in der sie angibt, ob die Mitteilung eine weitere Vorfinanzierungszahlung oder die Zahlung des Restbetrags betrifft.

Handelt es sich um eine Restbetragszahlung, muss die NA auch den nach Artikel II.25 ermittelten Endbetrag der Finanzhilfe angeben.

I.4.7 Zahlungen an den Begünstigten und Verzugszinsen

Die NA muss Zahlungen an den Begünstigten leisten.

Zahlt die NA nicht innerhalb der Zahlungsfristen, hat der Begünstigte Anspruch auf Verzugszinsen zu dem von der Europäischen Zentralbank (EZB) für ihre Hauptrefinanzierungsgeschäfte in Euro angewandten Zinssatz („Refisatz“) zuzüglich dreieinhalb Prozentpunkten. Als Refisatz gilt der im *Amtsblatt der Europäischen Union*, Reihe C, veröffentlichte und am ersten Tag des Fälligkeitsmonats geltende Zinssatz.

Es fallen keine Verzugszinsen an, wenn der Begünstigte ein Mitgliedstaat der Union ist, einschließlich Regional- und Kommunalbehörden und andere öffentlich-rechtliche Einrichtungen, die für die Zwecke der Vereinbarung im Namen und für Rechnung eines Mitgliedstaats handeln.

Setzt die NA die Zahlungsfrist gemäß Artikel II.24.2 aus oder setzt sie eine Zahlung gemäß Artikel II.24.1 aus, so kann dies nicht als Zahlungsverzug gelten.

Die Verzugszinsen laufen ab dem auf das Fälligkeitsdatum folgenden Tag bis einschließlich dem Tag der tatsächlichen Zahlung im Sinne des Artikels I.4.11. Die NA lässt bei der Berechnung des Endbetrags der Finanzhilfe im Sinne des Artikels II.25 keine Zinsaufwendungen mit einfließen.

Belaufen sich die berechneten Verzugszinsen auf höchstens 200 EUR, müssen sie dem Begünstigten abweichend von Unterabsatz 1 nur auf Anforderung gezahlt werden; diese Anforderung muss innerhalb von zwei Monaten nach Eingang der verspäteten Zahlung erfolgen.

I.4.8 Währung der Zahlungen

Die NA muss Zahlungen in Euro leisten.

I.4.9 Währung der Zahlungsanträge und Umrechnung in Euro

Zahlungsanträge müssen auf Euro lauten.

Führt der Begünstigte seine Bücher in einer anderen Währung als dem Euro, müssen die in einer anderen Währung angefallenen Kosten auf der Grundlage des für den entsprechenden Berichtszeitraum ermittelten durchschnittlichen Tageswechsellkurses, der im *Amtsblatt der Europäischen Union*, Reihe C, veröffentlicht wird (verfügbar unter <http://www.ecb.europa.eu/stats/exchange/eurofxref/html/index.en.html>) in Euro umgerechnet werden.

Wird für die betreffende Währung im *Amtsblatt der Europäischen Union* kein Euro-Tageswechsellkurs veröffentlicht, so muss die Umrechnung zu dem durchschnittlichen für den entsprechenden Berichtszeitraum geltenden monatlichen Buchungskurs erfolgen, der von der Kommission festgelegt und auf ihrer Website (http://ec.europa.eu/budget/contracts_grants/info_contracts/inforeuro/inforeuro_de.cfm) veröffentlicht wird.

Führt der Begünstigte seine Bücher in Euro, muss er die in einer anderen Währung angefallenen Kosten entsprechend seinen üblichen Buchführungsmethoden in Euro umrechnen.

I.4.10 Sprache der Zahlungsanträge und Berichte

Sämtliche Zahlungsanträge und Berichte sind in deutscher Sprache vorzulegen.

I.4.11 Zahlungsdatum

Zahlungen durch die NA gelten als an dem Tag geleistet, an dem ihr Bankkonto belastet wird, es sei denn, die nationalen Vorschriften sehen etwas anderes vor.

I.4.12 Überweisungskosten

Für Überweisungskosten gilt Folgendes:

- a) die NA trägt die von ihrer Bank in Rechnung gestellten Überweisungskosten;
- b) der Begünstigte trägt die von seiner Bank in Rechnung gestellten Überweisungskosten;
- c) alle Kosten im Zusammenhang mit der Wiederholung einer Überweisung werden von der Partei getragen, die die Wiederholung verursacht hat.

ARTIKEL I.5 – BANKKONTO FÜR ZAHLUNGEN

Die Zahlungen müssen auf folgendes Konto des Begünstigten erfolgen:

In der Regel sollten hierfür Konten auf den Namen der Schule/Einrichtung genutzt werden. Sofern von der Schulleitung/Einrichtungsleitung autorisierte Konten genutzt werden, die nicht auf den Namen der Schule/Einrichtung laufen, ist hier eine entsprechende Begründung anzugeben:

<input type="checkbox"/>	Es gelten besondere landesspezifische Regelungen.
<input type="checkbox"/>	Die Einrichtung eines eigenen Schulkontos ist nicht möglich.
<input type="checkbox"/>	Das genannte Konto wurde aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung gewählt und ist von der Schulleitung autorisiert.
<input type="checkbox"/>	Sonstiges:

Name des Kreditinstituts

Kontoinhaber:

IBAN:

ARTIKEL I.6 – FÜR DIE DATENVERARBEITUNG VERANTWORTLICHER UND KONTAKTDATEN DER PARTEIEN

I.6.1 Für die Datenverarbeitung Verantwortlicher

Der für die Datenverarbeitung Verantwortliche im Sinne des Artikels II.7 ist:

Referatsleitung B4
Direktion B – Jugend, Bildung und Erasmus+
Generaldirektion Bildung, Jugend, Sport und Kultur
Europäische Kommission
1049 Brüssel
Belgien

I.6.2 Kontaktdaten der NA

Mitteilungen an die NA sind an die folgende Adresse zu richten:

Nationale Agentur Erasmus+ Schulbildung
im Pädagogischen Austauschdienst
Graurheindorfer Str. 157
53117 Bonn
erasmusplus-schulbildung@kmk.org

I.6.3 Kontaktdaten des Begünstigten

Mitteilungen der NA an den Begünstigten sind an die folgende Adresse zu richten:

Kontaktperson XY
Anschrift

ARTIKEL I.7 – ZUSÄTZLICHE BESTIMMUNG ÜBER DIE VERARBEITUNG VON PERSONENBEZOGENEN DATEN DURCH DEN BEGÜNSTIGTEN

I.7.1 Berichtspflichten

Der Begünstigte berichtet im Abschlussbericht über die Maßnahmen, die ergriffen wurden, um sicherzustellen, dass seine Datenverarbeitungsvorgänge gemäß den Verpflichtungen im Sinne von Artikel II.7 im Einklang mit der Verordnung (EU) 2018/1725 stehen, und zwar zumindest in Bezug auf folgende Aspekte: Sicherheit der Verarbeitung, Vertraulichkeit der Verarbeitung, Unterstützung des für die Verarbeitung Verantwortlichen, Vorratsdatenspeicherung, Beitrag zu Überprüfungen (einschließlich Inspektionen), Erstellung personenbezogener Datensätze für alle Kategorien von Verarbeitungstätigkeiten, die im Auftrag des für die Verarbeitung Verantwortlichen durchgeführt werden.

I.7.2 Unterrichtung der Teilnehmer über die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten

Der Begünstigte lässt den Teilnehmern die einschlägige Datenschutzerklärung zur Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten zukommen, bevor die Daten in den elektronischen Systemen für die Verwaltung der Erasmus+-Mobilitätsaktivitäten erfasst werden.

ARTIKEL I.8 – SCHUTZ UND SICHERHEIT DER TEILNEHMER

Der Begünstigte richtet wirksame Verfahren und Vorkehrungen ein, um die Sicherheit und den Schutz der Projektteilnehmer zu gewährleisten.

Ferner stellt der Begünstigte sicher, dass die Teilnehmer von Mobilitätsaktivitäten Versicherungsschutz erhalten.

Bevor minderjährige Personen an dem Projekt teilnehmen, muss der Begünstigte die uneingeschränkte Einhaltung der geltenden Regelungen für den Schutz und die Sicherheit von Minderjährigen, wie sie in den anwendbaren Rechtsvorschriften der Entsende- und Aufnahmeländer festgelegt sind, gewährleisten, was unter anderem Folgendes umfasst: Einverständnis der Eltern oder Erziehungsberechtigten, Versicherungsschutz und Altersvorgaben.

ARTIKEL I.9 – ZUSATZBESTIMMUNGEN ZU BEREITS BESTEHENDEN RECHTEN UND ZUR NUTZUNG DER ERGEBNISSE (EINSCHLIESSLICH GEWERBLICHER SCHUTZRECHTE UND URHEBERRECHTE)

Im Einklang mit den Bestimmungen des Artikels II.9.3 der Allgemeinen Bedingungen gilt Folgendes: Erstellt der Begünstigte im Rahmen des Projekts Lehr-/Schulungsmaterial, so muss dieses Material kostenlos und mit offenen Lizenzen² im Internet bereitgestellt werden.

Unterliegen Materialien oder Dokumente immateriellen Rechten oder Rechten Dritter (einschließlich der Rechte des geistigen Eigentums oder der Rechte natürlicher Personen am eigenen Bild und der Stimme), so müssen die Begünstigten dafür Sorge tragen, dass sie ihren Verpflichtungen gemäß Artikel II.9.2 der Allgemeinen Bedingungen nachkommen, insbesondere durch Einholung der erforderlichen Lizenzen und Genehmigungen von den betroffenen Rechteinhabern.

Der Begünstigte muss sicherstellen, dass die verwendete Internetadresse gültig und aktuell ist. Wird das Hosting der Website eingestellt, muss der Begünstigte die Website aus dem Registrierungssystem für Organisationen löschen, um das Risiko zu vermeiden, dass die Domain von einer anderen Partei übernommen und auf andere Websites umgeleitet wird.

ARTIKEL I.10 – VERWENDUNG VON IT-TOOLS

I.10.1 Erasmus+ Berichterstattungs- und Verwaltungstool

Der Begünstigte muss das webbasierte Berichterstattungs- und Verwaltungstool der Europäischen Kommission nutzen, um alle Informationen im Zusammenhang mit den im Rahmen des Projekts durchgeführten Maßnahmen (einschließlich Aktivitäten, die nicht direkt durch eine Finanzhilfe aus EU-Mitteln gefördert wurden) zu erfassen und den Fortschrittsbericht, den Zwischenbericht (sofern im Erasmus+ Berichterstattungs- und Verwaltungstool verfügbar und für die in Artikel I.4.3 genannten Fälle) sowie den Abschlussbericht zu erstellen und einzureichen.

Mindestens einmal monatlich während der Laufzeit des Mobilitätsprojekts gibt der Begünstigte etwaige neue Informationen zu den Teilnehmern und den Aktivitäten in das Erasmus+ Berichterstattungs- und Verwaltungstool ein bzw. aktualisiert die vorhandenen Informationen.]

² Mit der offenen Lizenz gewährt der Urheber eines Werks anderen das Recht zur Nutzung der Ressource. Es gibt verschiedene offene Lizenzen, die sich je nach Umfang der gewährten Rechte bzw. der auferlegten Beschränkungen unterscheiden, und der Begünstigte kann die spezifische Lizenz für sein Werk frei wählen. Für jede erstellte Ressource ist eine offene Lizenz zu erteilen. Eine offene Lizenz ist keine Übertragung von Urheberrechten oder von Rechten des geistigen Eigentums.

I.10.2 Erasmus+ Project Results Platform

Der Begünstigte kann die Erasmus+ Project Results Platform (<http://ec.europa.eu/programmes/erasmus-plus/projects>) nutzen, um die Projektergebnisse bekanntzumachen; hierbei sind die auf der Plattform verfügbaren Anweisungen zu beachten.

ARTIKEL I.11 – ZUSATZBESTIMMUNGEN ZUR VERGABE VON UNTERAUFTRÄGEN

Abweichend von Artikel II.11.1 Buchstaben c und d (i) gelten die dortigen Bestimmungen nicht.

ARTIKEL I.12 – ZUSATZBESTIMMUNGEN ZUR SICHTBARKEIT DER FINANZIERUNG DURCH DIE UNION

Zusätzlich zu Artikel II.8 muss der Begünstigte in sämtlichem Kommunikations- und Werbematerial einschließlich Websites und sozialen Medien auf die Förderung durch das Programm Erasmus+ verweisen. Die entsprechenden Leitlinien zur visuellen Identität für den Begünstigten und beteiligte Dritte sind verfügbar unter https://ec.europa.eu/info/resources-partners/european-commission-visual-identity_de

ARTIKEL I.13 – ZUSÄTZLICHE BESTIMMUNGEN ZUR UNTERSTÜTZUNG VON TEILNEHMERN

Mit Bezug auf Artikel II.12 der Allgemeinen Bedingungen und wenn der Begünstigte während der Durchführung des Projekts Teilnehmern Unterstützung gewährt, erfolgt dies gemäß den Bedingungen in Anhang II und Anhang IV.

Der Begünstigte muss

- entweder die finanzielle Unterstützung für Reisekosten, individuelle Unterstützung, sprachliche Unterstützung, Kursgebühren, vorbereitende Besuche vollständig an die Teilnehmer von Projektaktivitäten weitergeben, wofür die in Anhang IV festgelegten Sätze für Finanzierungsbeiträge je Einheit anzuwenden sind;
- oder die Unterstützung für diese Kostenkategorien den Teilnehmern von Projektaktivitäten in Form der benötigten Waren und Dienstleistungen bereitstellen. In diesem Fall muss der Begünstigte sicherstellen, dass die bereitgestellten Waren und Dienstleistungen den einschlägigen Qualitäts- und Sicherheitsstandards entsprechen.

Der Begünstigte kann die im vorherigen Absatz genannten Optionen kombinieren, sofern eine faire und gleiche Behandlung aller Teilnehmer gewährleistet ist. In diesem Fall müssen die für jede betreffende Option geltenden Bedingungen auf die Kostenkategorien angewandt werden, für die die jeweilige Option verwendet wird.

ARTIKEL I.14 – BEREITSTELLUNG VON INKLUSIONSUNTERSTÜTZUNG FÜR TEILNEHMER MIT GERINGEREN MÖGLICHKEITEN

Bei Teilnehmern mit geringeren Möglichkeiten stellt der Begünstigte sicher, dass die Inklusionsunterstützung falls notwendig vorfinanziert wird, um die Teilnahme an den Aktivitäten zu erleichtern.

ARTIKEL I.15 – BESONDERE BESTIMMUNGEN ZU MITTELÜBERTRAGUNGEN

Der Begünstigte verwaltet seine Finanzhilfe im Hinblick auf die Durchführung der in Anhang II definierten Zielaktivitäten und unter uneingeschränkter Einhaltung der Finanzierungsregeln gemäß Anhang IV. Als Ausnahme zum ersten Unterabsatz von Artikel II.22 ist für Mittelübertragungen von der Kostenkategorie „Inklusionsunterstützung für Teilnehmer“ auf eine andere Kostenkategorie ein Änderungsantrag erforderlich.

ARTIKEL I.16 – ÜBERWACHUNG UND BEWERTUNG

Die NA überwacht die Umsetzung der Erasmus-Akkreditierung gemäß den Regeln im Sinne der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen, auf deren Grundlage die Akkreditierung erteilt wurde, sowie gemäß den Erasmus+-Qualitätsstandards.

Falls bei dieser Überwachung Schwächen zutage treten, so gibt die NA Empfehlungen und/oder verbindliche Anweisungen, um Abhilfe zu schaffen. Bei Bedarf kann die NA weitere Abhilfemaßnahmen im Sinne der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen ergreifen, auf deren Grundlage die Akkreditierung erteilt wurde.

ARTIKEL I.17 – SPEZIFISCHE AUSNAHMEN VON ANHANG I (ALLGEMEINE BEDINGUNGEN)

Für die Zwecke dieser Vereinbarung, sind in Anhang I (Allgemeine Bedingungen) Bezugnahmen auf die „Kommission“ als Bezugnahmen auf die „NA“ zu verstehen, Bezugnahmen auf die „Maßnahme“ sind als Bezugnahmen auf das „Projekt“ zu verstehen.

Für die Zwecke dieser Vereinbarung und sofern in Anhang I (Allgemeine Bedingungen) nichts anderes bestimmt ist, ist der Begriff „Abrechnung“ als „Finanzteil des Schlussberichts“ zu verstehen.

In Artikel II.4.1, Artikel II.8.2, Artikel II.27.1, Artikel II.27.3, Artikel II.27.4 Absatz 1, Artikel II.27.8 Absatz 1 und Artikel II.27.9 sind die Bezugnahmen auf die „Kommission“ als Bezugnahmen auf „die Kommission und die NA“ zu verstehen

In Artikel II.12 ist der Begriff „finanzielle Unterstützung“ als „Unterstützung“ zu verstehen, und der Begriff „Dritte“ ist als „Teilnehmer“ zu verstehen.

Folgende Bestimmungen des Anhangs I (Allgemeine Bedingungen) gelten für die Zwecke dieser Vereinbarung nicht: Artikel II.2.d (ii), Artikel II.12.2, Artikel II.13.4 und Artikel II.25.3 (a) Ziffer ii.

Für die Zwecke dieser Vereinbarung gelten folgende Begriffe nicht, wenn sie in den Allgemeinen Bedingungen genannt werden: „*verbundene Einrichtungen*“, „*Zwischenzahlung*“, „*Pauschalbetrag*“ und „*Pauschalsatz*“.

In Artikel II.9.3 erhalten der Titel und Absatz 1 Buchstabe a folgende Fassung:

„II.9.3 Nutzung der Ergebnisse und der bereits bestehenden Rechte durch die NA und die Union

Der Begünstigte räumt der NA und der Europäischen Union die folgenden Rechte zur Nutzung der Ergebnisse des Projekts ein:

a) Nutzung für eigene Zwecke, insbesondere Bereitstellung für Personen, die für die NA, für Organe, Agenturen und Einrichtungen der Union arbeiten, und Bereitstellung für Einrichtungen der Mitgliedstaaten sowie vollständiges oder teilweises Kopieren und Vervielfältigen in unbeschränkter Zahl;“

Im restlichen Wortlaut dieses Artikels sind Bezugnahmen auf „die Union“ als Bezugnahmen auf „die NA und/oder die Union“ zu verstehen.

Artikel II.10.1 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„Der Begünstigte muss sicherstellen, dass die NA, die Kommission, der Europäische Rechnungshof (EuRH) und das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) ihre Rechte gemäß Artikel II.27 auch gegenüber den Auftragnehmern des Begünstigten ausüben können.“

Artikel II.18 erhält folgende Fassung:

„II.18.1 Das Abkommen unterliegt dem geltenden Unionsrecht, gegebenenfalls ergänzt durch deutsches Recht.

II.18.2 Für alle Streitigkeiten zwischen der NA und dem Begünstigten über Auslegung, Anwendung oder Gültigkeit der Vereinbarung, die nicht gütlich beigelegt werden können, ist allein das gemäß dem anwendbaren nationalen Recht bestimmte Gericht zuständig.

In Bezug auf Artikel II.19.1: Die Bedingungen für die Förderfähigkeit von Kosten werden durch Anhang III Abschnitte I.1 und II.1 ergänzt.

In Bezug auf Artikel II.20: Die Bedingungen für die Feststellbarkeit und Nachprüfbarkeit der geltend gemachten Beträge werden durch Anhang III Abschnitte I.2 und II.2 ergänzt.“

Artikel II.23 Buchstabe b erhält folgende Fassung:

„(b) er auch innerhalb von 30 Kalendertagen, nachdem er dazu schriftlich von der NA aufgefordert wurde, keinen derartigen Antrag einreicht.“

1. Artikel II.24.1.3 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„Während des Zeitraums der Aussetzung von Zahlungen ist der Begünstigte nicht berechtigt, Zahlungsanträge und Belege gemäß den Artikeln I.4.3 und I.4.4 einzureichen.“

2. In Bezug auf Artikel II.25.4: Die Bedingungen für Kürzungen wegen nicht ordnungsgemäßer Durchführung, Unregelmäßigkeiten, Betrugs oder Pflichtverletzungen werden durch Anhang III Abschnitt IV ergänzt.

3. Artikel II.26.2 Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„Erfolgt die Zahlung nicht innerhalb der in der Zahlungsaufforderung gesetzten Frist, zieht die NA den geschuldeten Betrag ein, indem sie

(a) [...] Gegen diese Verrechnung kann vor dem nach Artikel II.18.2 zuständigen Gericht Klage erhoben werden;

[...]

(c) nach Maßgabe des Artikels II.18.2 oder der Besonderen Bedingungen gerichtliche Schritte einleitet.“

4. Artikel II.27.2 erhält folgende Fassung:

„[...] Die Aufbewahrungsfristen in den Unterabsätzen 1 und 2 verlängern sich, wenn im nationalen Recht längere Fristen vorgesehen sind, sowie bei noch nicht abgeschlossenen Prüfungen, Rechtsbehelfs- und Streitverfahren oder Verfahren zur Durchsetzung von Ansprüchen im Zusammenhang mit der Finanzhilfe, einschließlich in Fällen nach Artikel II.27.7. In den zuletzt genannten Fällen muss der Begünstigte die Unterlagen so lange aufbewahren, bis die betreffenden Vorgänge erledigt sind.“

Vereinbarung Nr.:

UNTERSCHRIFTEN

Für den Begünstigten
XY

Für die NA

[Unterschrift]

[Unterschrift]

Ort, Datum

Bonn, den